



Mensch sein dürfen ohne Funktion

„Ja, das geht“ werden einige sagen. „Wenn du krank bist oder traurig. Oder wenn du deine FREI-Zeit feierst im Privaten. Also anonym. Jedenfalls nicht öffentlich.“ Andernfalls wirst du mitunter behindert in deinem Menschsein und ausgegrenzt, wenn du dich nicht unterordnest und funktionierst. Wehe jenen, die diese Grenzziehung nicht würdigen!

Doch es geht auch anders. Ohne Fremdbestimmung.

Um dies zu erreichen braucht es nichts weiter als die wachsame Reife von Erwachsenen. Nicht von jenen also, die der Anschaffung dessen nacheifern, was den Nachbarn bereits heute zueigen ist. Einem Status nachzujagen, aus welchem Grund auch immer, ist kein Ausdruck für Selbstbestimmtsein. Die dafür erforderliche Jagd nach den verinnerlichten Feinden, die uns vom Menschsein fernhalten, erfolgt durch Reflexion. Wer an sich arbeitet, um als Mensch reifen zu wollen, schafft das eines Tages. Hoffentlich!

Gesamtgesellschaftlich erreichen wir dieses Ziel der Selbst-Bestimmung durch demokratisch legitimierte Institutionen, in denen nur zum Teil Parteiinteressen regieren, die zum fremdbestimmten Funktionieren zwingen. Der andere Teil gehorcht dem *Gemeinwohl* und korrigiert, wo dieses verletzt werden soll.

Davon handelt der nachfolgende Inhalt.

Graz, am 7. Oktober 2023

Wer die Gesellschaft verändern will, verändert ihre Organisationen. Dafür sind sie unter anderem gemacht.

Armin Nassehi, Unbehagen, München: C.H.Beck, 2021, S.227



Zukunft braucht Resilienz

In guter Absicht werden Jugendliche im Rahmen eines zweijährigen Programms zu Gedenkfahrten eingeladen, denn: „Wer vor Ort erlebt hat, wohin Nationalismus und Rassismus führen, wird mit viel größerer Überzeugung für unsere freiheitliche Demokratie, eine vielfältige Gesellschaft und ein friedliches Europa eintreten und diese Überzeugung auch an die nächste Generation weitergeben.“ Derlei Anstrengungen sind wichtig, doch zeitliche Begrenzung und das fehlende flächendeckende Angebot sind weder nachhaltig noch ambitioniert genug.

Wer sich von den folgenden Ausführungen angesprochen fühlt und motiviert ist, sich politisch zu engagieren, ist herzlich eingeladen zur Gründung einer **Plattform PRO Bundes-BürgerRat**

Demokratie zehrt von einem guten Standing, doch gerade die Koppelung von Kapitalismus und Demokratie führt dazu, dass innergesellschaftliche Konkurrenzbeziehungen auf immer neue Spitzen getrieben werden – genauer müsste man sagen „Tiefpunkte“, denn Lessenichs Argument lautet ja, dass man gezwungen ist, sich beständig ein neues Unten oder Außen zu schaffen, um sich symbolisch und materiell zu rehabilitieren. Zwar argumentiert Demokratie beständig mit formal gleicher Teilhabe, aber systematisch nährt sie sich von Ausschlüssen und Externalisierungen.

Quelle: <https://promotionskolleg-rechtspopulismus.net/rechtspopulismusblog/2019/10/24/rezension-grenzen-der-demokratie>

Inhalt: Individuelle Gesundheit und Demokratie - Bürgerbeteiligung kommt in Mode - Das sagt die Forschung - Schlussbemerkungen mit Aufruf zu Handeln

Um einer "Wiederholung der Geschichte" zu entkommen und gleichzeitig in eine "gute Zukunft" führen zu können, braucht es größere Anstrengungen als Erinnerungen wach zu halten. Denn noch so umfangreiche Bemühungen darum führen ins Leere bei einer gleichzeitig stattfindenden Politik sozialer Ausgrenzungen - Stichwort:

Viele junge Leute sind unzufrieden mit der deutschen Demokratie

Nach Angaben der Vodafone Stiftung will eine große Mehrheit der Befragten am politischen Geschehen in Deutschland mitwirken. Jedoch sind sie unzufrieden mit der aktuellen politischen Lage und haben wenig Hoffnung, dass dies sich in Zukunft noch ändern wird. Hoffnungslosigkeit in Bezug auf das Erreichen der Klimaziele ist bereits als Punkt genannt worden. Darüber hinaus gibt es jedoch noch andere Gründe, die die junge Generation den Glauben an die deutsche Demokratie verlieren lässt.

So schätzen 75 Prozent der Befragten die Demokratie in Deutschland als schwerfällig ein und glauben nicht, dass sie in zukünftigen Herausforderungen, wie den Klimawandel oder einem besseren Bildungssystem, gewachsen sein wird. Nur 29 Prozent haben das Gefühl, überhaupt etwas politisch verändern zu können. Gerade einmal die Hälfte der Befragten ist zufrieden damit, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. So haben 58 Prozent der Aussage "es ändert sich nichts, egal wer regiert" zugestimmt.

Quelle: <https://www.jeher-newst.de/blog-posts/akademie-studien-jugendliche-blicken-pessimistisch-in-die-zukunft>

Es gibt beim Augustin Meinungspha
ralismus. Kolleginnen und Kollegen
sprechen sich etwa in der Zeitung für die
Vermenschlichung solcher Institutionen
aus. Die Hauptrichtung war aber, etwa
das Gefängnis ganz in Frage zu stellen.

Was den Augustin noch zu einem spe
ziellen Medium macht: Wir klären da
über auf, dass unsere Gesellschaft den
Rand bewusst reproduziert. Die Men
schen am Rand übernehmen verschiede
ne wichtige Funktionen, etwa Ausländer,
Muslime oder Roma die der Sündenbö
cke. Viele Branchen brauchen den Rand
ökonomisch. Beispiel Lohndruck: Wer
marginalisiert ist, arbeitet für jeden
Lohn.

Was steht der Augustin finanziell da?



Verkäuferinnen und Verkäufer vertri
ben wurde.
Und dann kamen auch beim A
tin Afrikanerinnen und Afrikan

"selektive Responsivität". Wir stellen dann zwar fest: "Armut frisst Demokratie", unser **Handeln** jedoch ist noch nicht ausreichend fokussiert zur Erzielung von "demokratischen Innovationen" beim "institutionellen Design" (Kübler/Leggewie/Nanz, S 76). Stattdessen glauben viele, „mit [Anm.: diskursiver

Bildungspolitik für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen zu können.“ ([Dierk Hirschel](#)) Für Menschen mit Ressentiments als der "gefährlichste[n] Krankheit für die Demokratie" sind nicht "Erkenntnis und Wissen" das Ziel der Therapie, sondern die Fähigkeit, "zum Handeln zu gelangen". (s. [Cynthia Fleury](#)) Bereits ausgearbeitete Ideen und [Visionen](#) liegen stattdessen brach und bleiben weiter unangetastet. So fehlen nicht nur den [Jugendlichen](#) in Sachsen-Anhalt und anderswo ausreichend [Perspektiven](#), um sich mit vollem Elan am Bau für die gemeinsame Zukunft einer offenen und prosperierenden Gesellschaft, einer *resilienten Demokratie* zu **beteiligen**. Zudem fehlt es ihnen auch an „Macht [...], die Verteilungsordnung mitzustalten.“ ([S. Lessenich](#), S 33) Doch genau darin liegt eine vermutete Begründung: denn wieso sollte sich jemand für den gemeinsamen Bau einer Zukunft „[abrackern](#)“ wollen, die vermutlich nie die eigene sein wird?

„Kluge Leute“ helfen uns aber auch nicht weiter, um ins Handeln und damit zu notwendigen Reformen auf dem Weg zu mehr Partizipation zu gelangen. Sie wollen [Milo Rau gemäß lieber „Recht \[...\] behalten“](#) oder appellieren an die *Vernunft des Einzelnen* (vgl. [Thilo Bode](#)) und so stützt die „Uneinigkeit der Wohlmeinenden“ vielmehr „die herrschenden Verhältnisse“ als sie auf eine bessere Zukunft vorzubereiten.



Andreas Hövermann @AndreasHoev · 5 Std.

Was macht Krisenerleben mit denen, die eigentlich damit gerechnet haben, ihren Teil durch Anpassung an neolib. Leitbilder beigetragen u sich damit weitgehend abgesichert zu haben? Einerseits ist zu erwarten, dass sich einige als Reaktion enttäuscht von neolib. Idealen abwenden...

1

1

14

247

...



Andreas Hövermann @AndreasHoev · 5 Std.

Andererseits könnten gerade die, die sich in hohem Maße mit unternehmerischen Tugenden identifizieren, gekränkt, beschämmt und mit Groll erfüllt reagieren, wenn sich die Versprechen von Wohlstand oder zumindest Absicherung für sie nicht mehr zu erfüllen scheinen.

11/

Quelle: <https://twitter.com/AndreasHoev/status/1706257907619127666>

Alternativ dazu auf eine derart große Krise zu hoffen, „dass es auch der letzte Trottel begreift“ ([Philipp Blom](#), 2020), kann mitunter fatal enden. Besser, wir setzen ganz im Sinne von Milo Rau auf „die ‚praktischen Solidaritäten‘ [...], die ‚reale Utopien‘“ aufzumachen.“ Sich mit den möglichen Zukünften zu beschäftigen macht zudem glücklicher. [Florence Gaub](#): „Dafür brauchen wir das Wissen, das Handwerkzeug, die

Kunst als Hebel, der Generationen und Kulturen verbindet

Kunst, und im Speziellen das Theater, seien da ein wichtiger Hebel, weil es Generationen und Kulturen verbinde, Solidarität vermitteln könne und neue Bilder kreiere von unserem Zusammenleben – es schaffe „gewissermaßen Gegenrealitäten“, so Rau.

Dabei dürfe Kunst sich nicht auf elitäre Kreise beschränken. Sie müsse sich herausbewegen, um eine größere Zielgruppe zu erreichen, sagt Milo Rau, der Kunst mit politischem Aktivismus verbindet. Dabei müsse sich der Künstler stets kritisch fragen, ob er mit seiner Kunst nicht auch Ausbeutungsverhältnisse reproduziere.



Die Rückeroberung der Zukunft

Ein Essay

Verlag: Rowohlt Buchverlag
Erscheinungsdatum: 12.9.2023
ISBN: ISBN: 978-3-498-00115-5

Quelle: <https://www.swr.de/swr2/literatur/die-rueckeroberung-der-zukunft-ein-essay-milo-rau-ueber-stillstand-protest-und-engagement-100.html>

Kultur und auch die Institutionen.“

Breitenwirksame Kunst -

beispielsweise im Rahmen von [Demokratiefestivals](#) - könne dabei als wesentlicher Hebel dienen: „Sie müsse sich herausbewegen, um eine größere Zielgruppe zu erreichen, sagt Milo Rau, der Kunst mit politischem Aktivismus verbindet.“

„Wenn wir nicht wollen, dass es eine Demokratie gibt, in der Mitbestimmung immer mehr zu einem Privileg der Bessergestellten wird, muss man gegensteuern.“ (AK Wien, 2022)

Martin Jäggle hat eine mögliche Antwort, die gleichzeitig als Handlungsanweisung für politisch Aktive zu lesen ist:

Demokratie braucht mehr Partizipation

*Eine Regierungspartei wetterte gegen den Klimarat.
Ein schlechtes Vorzeichen für mehr Bürger*innenbeteiligung.*

Der Kurier titelte am 3. Juni: „ÖVP versenkt Klimarat kurz vor dessen Ende: „Keine Relevanz“. Im Artikel wurde der VP-Umwelt- und Klimaschutzsprecher Johannes Schmuckenschlager zitiert: „Ich halte den Klimarat als Institution für absolut untauglich.“ Die Empfehlungen des Bürger*innenrates sind für ihn „absolut irrelevant“.



Der Klosterneuburger Weinhauer und Präsident der Landwirtschaftskammer Niederösterreich begründete seine Attacke mit dem völligen Mangel an Repräsentativität: „Vor allem das Element des Interessenausgleichs verschiedener Gesellschaftsgruppen fehlt total.“ Dass es mit dieser Begründung auch jedem Gemeinderat, Landtag und dem Nationalrat an Repräsentativität mangelt, entging dem Kammerfunktionär ebenso wie dass er selbst der Einrichtung des Klimarates zugestimmt hat.

Dieser sollte laut Beschluss des Nationalrates „sich aus mindestens 100 Personen, die ... einen repräsentativen Querschnitt der Gesellschaft ... abbilden“, zusammensetzen.

Fragliches Demokratieverständnis. Diese irrlichternden klimapolitischen Äußerungen mögen Schnee von gestern sein, aber das dahinterstehende Demokratieverständnis ist viel zu wenig öffentlich diskutiert worden. Wie wären denn die Gesellschaftsgruppen zu or-

ganisieren, deren Interessen auszugleichen sind, von Arbeitslosen, Alleinerziehenden etc. – oder garantieren erst die vorhandenen Kammern Repräsentativität?

Die Delegitimierung des auf Wunsch des Nationalrates eingesetzten Klimarates sowie die Herabsetzung und Demütigung seiner Mitglieder sind jedenfalls inkompatibel mit einer Demokratie im 21. Jahrhundert, die auf möglichst breite und umfassende Partizipation der Bevölkerung setzt.

Die Etablierung eines Klimarates ist thematisch begründet ein internationaler Trend, wie Frankreich, Dänemark, Kanada, Schottland oder Schweden zeigen. Vor über einem Jahr präsentierte in Deutschland der „Bürgerrat Klima“ seine Ergebnisse. In all diesen Fällen erarbeitet ein Klimarat Maßnahmen, leuchtet die Bevölkerung der Politik den Weg, die Entscheidung liegt bei den politisch zuständigen Institutionen.

Junge ernst nehmen. Während der Klimarat eine einmalige Initiative war, finden etwa in Vorarlberg seit 2011 Bürger*innenräte zu gemeinwohlrelevanten Fragen statt, die auf Gemeinde- oder Landesebene einstimmig getragene Anregungen ausarbeiten und diese öffentlich präsentieren. Leitend ist der Grundsatz „Demokratie braucht Beteiligung“ (vgl. Beitrag „Lobbying fürs Gemeinwohl“, Südwind-Magazin 7-8/2022). Partizipation ist aber nur möglich, wenn Menschen auf Entscheidungen Einfluss nehmen können und ihre Meinung ernst genommen wird.

Besondere Aufmerksamkeit benötigen Kinder und Jugendliche, die das Recht haben, verbindlich in Entscheidungsprozesse eingebunden zu werden, von denen sie mittelbar oder unmittelbar betroffen sind. Damit die Schule des 21. Jahrhunderts eine Schule der Demokratie wird, wird sie dem Recht der Kinder und Jugendlichen auf Partizipation entscheidend mehr Beachtung schenken müssen. ■



Martin Jäggle

Individuelle Gesundheit und Demokratie

Ab diesem gleichnamigen Kapitel verknüpft Cynthia Fleury in ihrem Buch „[Hier liegt Bitterkeit begraben](#)“ zwei üblicherweise getrennt untersuchte Welten: die des Individuums mit jener der Gesellschaft als soziales Phänomen. Dabei kommt sie zu Überlegungen, die ich unter dem Begriff [resiliente Demokratie](#) einordne:

Die Verwendung der Gesundheit als Metapher hilft uns, die innere Dynamik des Subjekts und der Demokratie zu erfassen. (S 281)

Die psychische Gesundheit der Individuen und die demokratische Gesundheit sind miteinander zu verbinden, indem man nach einem guten Funktionieren der Gesellschaft fragt, nach ihrer Fähigkeit, ihrer eigenen Entropie zu widerstehen, und nicht eine unerschütterlich tugendhafte Ausübung demonstriert. Bei guter Gesundheit zu sein bedeutet, krank zu werden und wieder aufzustehen, wie uns Canguilhem und viele andere gelehrt haben. Die demokratische Gesundheit teilt dieselbe Fähigkeit: Sie muss in der Lage sein, mit ihren inneren Störungen fertigzuwerden, darf nicht von ihnen paralysiert werden und muss einen Weg finden, um Fortschritte zu machen, auch wenn es immerwährende Gegenwinde gibt. Diese zeugen nicht unbedingt von einem gesunden Pluralismus. (S 261)

Sobald man das Ressentiment als eines der gefährlichsten Übel für die psychische Gesundheit des Subjekts und die Funktionsfähigkeit der Demokratie bezeichnet, ist es wichtig zu verstehen, wie man sich vor ihm schützen kann, sicher institutionell, aber auch klinisch, ... (S 264)



Wenn nach Hans Kelsen nicht das Volk, „sondern die Republik und ihre Institutionen“¹ souverän sind, und solange in der pluralistisch-repräsentativen Demokratie die "Herstellung von Repräsentativität und die Maximierung von Kontrolle [...] wichtiger [sind] als die Ausweitung der Partizipation des einzelnen Bürgers, der einzelnen Bürgerin"², sind die Institutionen der Republik auf ihre partizipative Gewährung von politischer Teilhabe zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen.

1.) Tamara Ehs & Stefan Vospennik (2020): Demokratie aus Perspektive der BürgerInnen. In: Reinhard Heinisch (Hg.): Kritisches Handbuch der österreichischen Demokratie. Wien: Bohlau, S 81

2.) Herbert Dachs (2008): Verschiedene Modelle der Demokratie. In: Forum Politische Bildung: Jugend – Demokratie – Politik. Informationen zur Politischen Bildung 28, S 24

Bürgerbeteiligung kommt in Mode

„Der Bürger*innenrat ist eine Form der Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Politik, stimuliert kommunikativen Austausch und leistet somit auch ein Stück weit politische Bildung (vgl. dazu Lederer 2009). Unter qualitätsvoller Moderation werden mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern einer Gemeinde, Region oder eines Landes an einem Wochenende Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen ausgearbeitet. Aufgrund der Zufallsauswahl handelt es sich bei den Teilnehmenden um 'normale' Personen, die über keinerlei spezielles Vorwissen oder spezielle Qualifikationen verfügen. Insbesondere vertreten sie dadurch keine Interessengruppen, sondern ihre persönliche Meinung. Die Teilnehmenden eines Bürger*innenrats werden dazu motiviert, Themen und Anliegen zu einer bestimmten Ausgangsfrage oder einem definierten Themenfeld an diesen eineinhalb Tagen zu diskutieren. Aufgrund der auswahlbedingt vielfältigen Zusammensetzung der Gruppe geht es mit ziemlicher Sicherheit um Fragen, die viele Menschen in der Gemeinde bewegen. Zu diesen Themen diskutiert der Bürger*innenrat Thesen, Sichtweisen, Lösungsideen und Empfehlungen.

Der Bürger*innenrat ist ein unparteiisches Sprachrohr der Bevölkerung, bringt Politik und Bürgerinnen und Bürger näher zusammen und ist als Ergänzung zum repräsentativen System zu sehen.

Telfer
Demokratiepfad
Ein virtueller
Rundgang



Demokratie ist ein kostbares Gut – eine menschliche Errungenschaft, die für jüngere Generationen nicht mehr wegzudenken ist. Unsereins kann sich heutzutage nur mehr schwer vorstellen, wie es ist, in einer autokratisch/diktatorisch geprägten Gesellschaft zu leben. Die Entwicklungen der letzten Zeit zeigen aber, dass die Demokratie als politisches und gesellschaftliches System keineswegs als selbstverständlich wahrgenommen werden darf. Um das Bewusstsein dafür zu schärfen, möchten wir mit dem Telfer Demokratiepfad eine Verbindung zwischen Gegenwart und Vergangenheit herstellen. Wir möchten an verschiedene Standorten in Telfs Themenfelder wie Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Wahlen, Gewerkschaften, Übergang zur Demokratie etc. im geschichtlichen Kontext des Nationalsozialismus betrachten. Per Handy, PC oder Tablet kann man sich an verschiedene Standorte in Telfs bewegen (360° Aufnahmen) und erhält die Möglichkeit, Informationen, Fotos und Videoclips zu den geschichtlichen Ereignissen abzurufen. Der Demokratiepfad wird im Rahmen der Demokratiewoche erarbeitet und anschließend öffentlich zugänglich gemacht.

Am Ende des Demokratiepfads kann Gelerntes auch noch durch ein kleines Quiz auf die Probe gestellt werden.

Quelle: https://www.telfs.at/demokratiewoche.html?file=files/user_upload/pdf-dokumente/Sonstige%20Downloads/programm-demokratiewochen-2022.pdf

Politik und Zufall

*Wie es durch Bürger*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren*

Michael Lederer

*Bürger*innenräte in Vorarlberg verstehen sich als Praxis gelebter Demokratie und machen die Relevanz von Beteiligung bei der Gestaltung politischer Prozesse deutlich. Ob in Gemeinden, Staaten oder global betrachtet – die drängenden Herausforderungen lassen sich nur mit gemeinsamer Kraftanstrengung lösen.*

Bürger*innenrat – ein mehrstufiger Prozess

Der Bürger*innenrats-Prozess ist ein mehrstufiger Prozess, bestehend aus dem Bürger*innenrat, dem Bürger*innencafé (öffentliche Präsentation) und der Resonanzgruppe, die die Rückkopplung der Ergebnisse an das politische System bezieht. Der Abschluss bildet eine Rückmeldung von Seiten der politischen Vertreterinnen und Vertreter bzw. der Verwaltung an die Teilnehmenden des Bürger*innenrats, wie die Ergebnisse behandelt wurden und welche Vorschläge wie weiterverfolgt werden.

Institutionalisierung der partizipativen Demokratie

Durch eine Änderung der Vorarlberger Landesverfassung (per 1.1.2013) wurde erstmals eine rechtliche Grundlage geschaffen, um die repräsentative Demokratie (Herrschaft des Volkes durch vom Volk gewählte parlamentarische Vertretungen) durch partizipative Elemente zu ergänzen. Gleichzeitig ist eine Richtlinie in Kraft getreten, die die Einberufung und Durchführung eines Bürger*innenrats sowie darüberhinausgehende Folgeprozesse regelt. Auch ein Initiativrecht für die Abhaltung von Bürger*innenräten – mittels 1000 Unterschriften kann die Bevölkerung einen Prozess in die Wege leiten – wurde verankert. Durch einen Passus in der Richtlinie wird gewährleistet, dass sich die politischen Entscheidungsträger*innen mit den Ergebnissen auseinandersetzen und eine qualifizierte Rückmeldung erarbeiten, wie mit den Ergebnissen weitergearbeitet wird.

Zukünftig ist eine verstärkte Bürgerbeteiligung außerhalb der klassischen Formen anzustreben, wie zum Beispiel die allgemeine Bürgerbegutachtung von Gesetzesentwürfen (Art. 34 Landesverfassung) oder die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Angelegenheiten, die sie betreffen (§ 6 des Jugendgesetzes).

Quelle: https://www.armutskonferenz.at/media/lederer_politik-und-zufall-buergerinnenraete_2020.pdf

„Bürgerräte sind eine Antwort auf den Populismus“



„Bürgerräte bereichern bestehende demokratische Institutionen“

„Bürgerräte können nicht die Lösung für alle Probleme sein“, sagt Prof. Stojanović in einem Interview mit der Zeitung „Le Temps“. „Aber sie können die bestehenden demokratischen Institutionen ergänzen und bereichern und so den gewählten Vertretern helfen, **bessere Entscheidungen** zu treffen, die die Mehrheit der Wähler besser überzeugen können“, meint der Politikwissenschaftler. Statt viel Zeit und Ressourcen für Konsultationsverfahren mit Parteien und Lobbys aufzuwenden, die ohnehin in der Lage seien, die Ausarbeitung von Gesetzen im Parlament zu beeinflussen, sollten lieber Bürgerräte einberufen werden, um damit rechtzeitig herauszufinden, was die Bürgerinnen und Bürger über ein Thema denken.

„Geloste Bürgerräte können ein **Mittel sein, um bestimmten Gefahren des Populismus entgegenzuwirken**“, glaubt Stojanović. Die Eliten fürchteten und bekämpften Bürgerräte, weil sie aus „durchschnittlichen“ Bürgern bestünden, die sich dadurch von den Eliten unterschieden. „Sie bieten eine Antwort auf den Populismus, denn die Mitglieder eines Bürgerrates haben allein durch die Tatsache, dass sie per Los ermittelt wurden, eine **Legitimität**, die Populisten nicht so leicht angreifen können“, erläutert der Politologe. Am Ende des Prozesses basierten die Empfehlungen eines Bürgerrates auf Fakten, die oft gar nicht in die von Populisten gewünschte Richtung gingen.

„Abgeordnete denken manchmal kurzfristig“

Bürgerräte würden nicht für vier Jahre gewählt. Ihre Mitglieder wüssten, dass sie nur für einen relativ kurzen Zeitraum ausgelost wurden. „Auf der anderen Seite wollen Abgeordnete wiedergewählt werden, was sie manchmal dazu bringt, kurzfristig zu denken, weil sie Angst haben, aus dem Parlament geworfen zu werden, wenn sie unpopuläre Entscheidungen treffen“, erklärt Stojanović den Unterschied zwischen Losversammlungen und Parlamenten.

Quelle: <https://www.buergerrat.de/aktuelles/buergerraete-und-eine-antho-auf-den-populismus>

DELEGATIONSREISE

Wertvoller Austausch mit Vorarlberg zur Bürgerbeteiligung



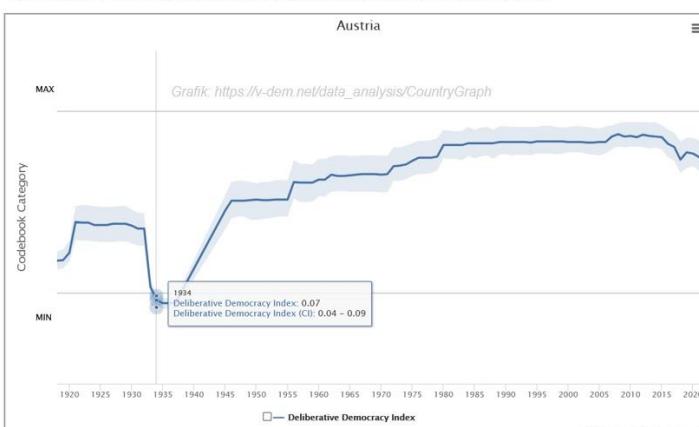
„Ich bin überzeugt, wenn Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger gut zusammenarbeiten, dann haben wir die besten Chancen, gemeinsam wirkungsvolle Antworten für die anstehenden Herausforderungen zu finden, damit auch unsere Kinder und Enkel einen **chancenreichen Lebensraum** vorfinden“, sagte der Vorarlberger Landesrat Christian Gantner. Vorarlberg führt seit März 2011 halbjährlich Bürgerräte auf Landesebene durch. Unter Begleitung des **Büros für Freiwilliges Engagement und Beteiligung** im Amt der Vorarlberger Landesregierung wurden seither 13 landesweite Bürgerräte abgehalten, ein weiterer Prozess läuft derzeit an. In der Vorarlberger Landesverfassung hat die Bürgerbeteiligung eine hervorgehobene Stellung. Seit Februar 2013 können Bürgerräte nicht nur von der Politik initiiert werden, sondern auch aus der Bevölkerung heraus.

Quelle: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/wertvoller-austausch-mit-vorarlberg-zur-buergerbeteiligung>

Quelle: <https://bosolei.com/2023/07/21/zukunft-braucht-resilienz>

Chancenreicher Lebensraum durch dialogische Bürgerbeteiligung

„Wer über den Aufstieg des Populismus spricht, muss sich mit den inneren Schwächen etablierter Demokratien beschäftigen.“ (Armin Schäfer/Michael Zürn, Die demokratische Regression, 2021, S 60)



Durch zunehmende Demokratieverdrossenheit kommen Bürgerräte in Mode. Es gibt sie mittlerweile in vielen Städten, Regionen, Ländern wie beispielsweise in Paris, Ostbelgien, Vorarlberg oder Irland.

Die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung von Baden-Württemberg, Barbara Bosch, nach ihrer Delegationsreise nach Vorarlberg:

„Bürgerräte oder Bürgerforen, wie sie bei uns heißen, beleben und stärken unsere repräsentative Demokratie, indem sie die Bürgerinnen und Bürger zu aktiven Mitspielern bei der Politik machen.“*

* Quelle: <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/Pressemitteilung/pid/wertvoller-austausch-mit-vorarlberg-zur-buergerbeteiligung>

Kritik und Ausblick

Angesichts wiederkehrender Erfolge rechtspopulistischer Parteien – Philipp Ther bevorzugt den Begriff „Rechtsnationalisten“ (S 56) – waren die bisherigen Bemühungen um „Demokratie und Toleranz“ im Rahmen von Demokratiebildung unzureichend. Auch die „soziale Schieflage der Wahlbeteiligung“ konnte damit nicht beseitigt werden. Daran wird sich wohl auch in Zukunft nichts ändern. Im Sinne von Willy Brandt sollten wir daher endlich „mehr Demokratie wagen“, indem wir institutionelle Reformen zuerst anstreben, vorbereiten und dann durchführen.

Fallweise durchgeführte Bürgerforen wie die „Citizens' Assemblies“ in Irland oder Bürgerräte des Deutschen Bundestages ab 2023 sind dafür ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer gleichwertigen Mitbestimmung der Vielen. Weiter unten werden wir sehen: es geht allerdings noch mehr.

Fallweise durchgeführte Bürgerforen wie die „Citizens' Assemblies“ in Irland oder Bürgerräte des Deutschen Bundestages ab 2023 sind nicht als gleichwertige Mitbestimmung der Vielen einzustufen. Während die Beratungsergebnisse in Irland in der Legislative durchaus Berücksichtigung finden, ist in den meisten Fällen von Bürgerbeteiligungen nicht einmal dieser Aspekt gewährleistet. Ein besonders krasses Beispiel stellt diesbezüglich der im ersten Halbjahr des Jahres 2022 stattgefundenen Klimarat in Österreich dar. Armin Schäfer und Michael Zürn bezeichnen die "Einführung von Bürgerhaushalten in Deutschland" gar als "Pseudobeteiligungsmöglichkeiten" (S 210). "Doch wer Beteiligung wünscht", schreiben sie weiter, "muss die Bürgerinnen tatsächlich entscheiden lassen. Falsche Reformen sind solche, die entweder den

Tabelle 3: Vergleich der sozialen Lage in den Stadtteilen mit der geringsten und höchsten Wahlbeteiligung

	1. Dezil 10% jener Stadtteile mit der geringsten Wahlbeteiligung	10. Dezil 10% jener Stadtteile mit der höchsten Wahlbeteiligung
Wahlbeteiligung	56%	84%
Vertikale Ungleichheit:		
Arbeitslosenquote	22%	5,8%
Anteil Pflichtschulabsolvent*innen	40,0%	12,8%
Anteil Hochschulabsolvent*innen	7,7%	36,4%
Anteil Erwerbstätige mit geringem Berufsprästige	63,9%	31,9%
durchschn. Jahresnettoeinkommen	17.500 Euro	29.835 Euro
Horizontale Ungleichheit:		
Anteil Staatsbürgerschaft Österreich	66,1%	77,2%
Anteil Staatsbürgerschaft Türkei	4,5%	0,7%
Anteil Staatsbürgerschaft Ex-Jugoslawien	9,2%	2,4%

Quelle: https://www.bora.afff.admin.ch/fm/Downloads/2021_09_SOVA_Bericht_200929_Auswirkungen_sozialer_Ungleichheit_auf_die_Demokratie.pdf, S 27



Das im Jahr 2000 auf Initiative der BVV gegründete Bündnis für Demokratie und Toleranz hat zum Ziel, das Engagement für Demokratie und Toleranz in Treptow-Köpenick sichtbar zu machen und möglichst viele Mitbürger*innen zum Einsatz für Demokratie zu ermutigen und anzuregen. Demokratie lebt von der aktiven Beteiligung ihrer Bürger*innen. Demokratisches Handeln unterscheidet weder nach sozialem Status, nach geschlechtlicher, religiöser und politischer Identität noch nach Herkunft.

Für das Bündnis für Demokratie und Toleranz gilt es, friedliche Interventionenformen in Treptow-Köpenick zu verankern, die einen Beitrag zur Zurückdrängung von Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus und Angriffe auf geschlechtliche Vielfalt leisten. Die Verteidigung und der Schutz von Menschenwürde und Demokratie im Alltag ist Ziel des Bündnisses.

Quelle: <https://www.demokratie-fk.de>

Akademikerüberschuss verstärken oder primär symbolischen Charakter haben und somit die Schere zwischen Rhetorik und Realität wachsen lassen.“ Ihr Vorschlag: „Die Beteiligung sollte daher auf Los- oder ähnlichen Verfahren beruhen. Dadurch wird die Mitwirkung von denen befördert, die sonst nicht mitmachen würden.“

Zusätzlich konnten die Teilnehmer Experten in den verschiedenen Treffen anhören, darunter auch Geflüchtete und Zugewanderte selbst. Wisal al Kurdi berichtete so etwa von ihrer Flucht aus Syrien und ihrer Integration in Ostbelgien. Auch unter den Mitgliedern der Bürgerversammlung befanden sich Menschen mit Migrationshintergrund.

Quelle: <https://www.buergerrat.de/aktuelles/man-kann-nie-genug-fuer-integration-machen>

Wer Bürgerbeteiligung ernst meint, lädt dazu nicht nur „Menschen mit Migrationshintergrund“ ein, sondern stellt dafür auch dauerhafte institutionelle Ressourcen zur Verfügung. Beispiel: [Bürgerdialog in Ostbelgien](#). Noch nicht einmal richtig eingerichtet diente dieser bereits im Jahr 2021 als Vorbild bei der Gründung des [Ständigen Bürgerrates in Paris](#).

Bedauerlicherweise brauchte es dazu in beiden Fällen erst krisenhafte Erfahrungen: in [Belgien](#) war die Geburtsstunde der Bürgerbeteiligung im Jahr 2011, nach mehr als einem Jahr ohne Regierung und in Paris waren es die Gelbwesten-Proteste. Im Jahr 2019, „mitten in der Krise um die Gelbwesten, wurde in einer Bürgerbefragung, die nach einer Art ‚großer Debatte‘ auf Pariser Ebene organisiert wurde, die Schaffung eines Gremiums gefordert, das den Bürgern die Möglichkeit geben sollte, an der Gestaltung der Politik mitzuwirken.“

„Wir befinden uns in einer sehr angespannten Situation mit einer Rekordzahl an Nichtwählern und einem großen Misstrauen in der Gesellschaft gegenüber den Institutionen, daher war es der richtige Zeitpunkt, diesen Bürgerrat einzuberufen“, meint der gewählte Vertreter des 15. Arrondissements.“ (buergerrat.de)

„Am Ende ist zwar klar erkennbar, dass ein Land nicht länger demokratisch regiert wird, weil die Medien nicht frei, die Opposition behindert, die Gewaltenteilung untergraben wird und Gerichte gleichgeschaltet sind, aber wann genau der erste Schritt in diese Richtung erfolgt, entgeht den Zeitgenossen häufig (vgl. Przeworski 2020, Kap. 10). Wann der ‚Vorkrieg‘ um das Überleben der Demokratie beginnt, ist auch deshalb schwierig zu erkennen, weil die neuen Autokratinnen für sich reklamieren, mehr Demokratie wagen zu wollen, und weil sie auf reale Probleme existierender Regime verweisen können. Funktionierte die Demokratie einwandfrei, böte sie ihren Gegnerinnen weniger Angriffsflächen.“

Armin Schäfer/Michael Zürn

in: *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus.*
Bonn, 2021, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, S 57 f

Seid wachsam und engagiert euch!



Zitate: Philipp Ther,
Das andere Ende der
Geschichte, Berlin:
Suhrkamp, 3. Aufl.,
2020

„Dass Strache die Vergabe von Staatsaufträgen versprach, war angesichts des absehbaren Eintritts in die Regierung jedoch keine Prahlgerei und kein leeres Versprechen.“ (S 178)

„Doch Strache bot in dem entlarvenden Video nichts weniger an als den Umbau Österreichs nach ungarischem Vorbild.“

Dass ein solcher Umbau kein unrealistisches Szenario sein muss, zeigt die Bundespräsidentenwahl von 2016, als der FPÖ-Bewerber Norbert Hofer im ersten, später annullierten Wahlgang nur knapp eine Mehrheit verpasste. Hätte er sich durchgesetzt und zu einem Zeitpunkt Nationalratswahlen ausgelöst, als die FPÖ in den Meinungsumfragen an erster Stelle stand, wäre Strache heute möglicherweise Bundeskanzler. [...] Polen hatte mit der absoluten Parlamentsmehrheit der PiS Pech, Österreich vor dem Durchmarsch der FPÖ im letzten Augenblick Glück. Das lag nicht zuletzt daran, dass am Ende sogar traditionelle ‚Schwarze‘ den grünen Kandidaten Alexander Van der Bellen unterstützten. Das unterstreicht einmal mehr und über Österreich hinaus, dass es stark darauf ankommt, wie sich der sogenannte Mainstream und die konservativen Parteien zum Rechtspopulismus stellen.

Angesichts dieser Bedrohungen muss die liberale Demokratie wieder mehr Kante zeigen.“ (S 179)

Aktiv-Demokrat:innen sollten nicht länger warten bis sich bestehende Krisen zu einer Staatskrise auswachsen. Sinnvoller ist das präventive Engagement in Richtung Reform und Ausbau der (insbesondere in der Schweiz) bewährten Konkordanzdemokratie als „Gegenmodell zu[r] Konkurrenzdemokratie“.

Die demokratische Gleichheit des Loses: Aus der Nische des Rechtswesens zurück in die Polis



Tamara Ehs*

Was Irland erstmals auf nationalstaatlicher Ebene unternahm, kennt auch Österreich im Kleinen: Seit 2006 organisiert das beim Amt der Vorarlberger Landesregierung angesiedelte *Büro für Zukunftsfragen* Bürgerräte als partizipative Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Diese werden auf Gemeinde-, Regional- und Landesebene durchgeführt und sind bereits fixer Bestandteil der Politikgestaltung im Ländle. Seit 2013 ist dieses Instrument der partizipativen Demokratie auch in der Landesverfassung verankert und kann mittels 1.000 Unterschriften auch von BürgerInnen selbst initiiert werden. An Bürgerräten teilnahmeberechtigt sind alle in Vorarlberg wohnhaften Menschen, die per Zufallsauswahl aus dem Melderegister eingeladen werden. Der Bürgerrat formuliert Lösungsvorschläge, die an die Landesregierung weitergegeben werden. Diese muss sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen; eine Verpflichtung zur Umsetzung der Vorschläge gibt es jedoch nicht.

Beispielgebend für die Vorarlberger Bürgerräte wie auch für die irische BürgerInnenversammlung war die *Citizens' Assembly on Electoral Reform* in der kanadischen Provinz British Columbia, die in den Jahren 2003 bis 2005 mit 161 gelosten BürgerInnen ein neues Wahlrecht ausarbeitete (Warren/Pearse 2008). Lange Jahre vor dem aktuellen Hype um das Losverfahren bildete Peter C. Dienels *Planungszelle* eine Vorläuferin. Der deutsche Soziologe hatte in den 1970er-Jahren insbesondere für die BürgerInnenbeteiligung bei größeren Bauvorhaben einen Prozess entwickelt, bei dem pro Planungszelle 25 im Zufallsverfahren ausgewählte Personen ab 16 Jahren für ca. eine Woche von ihren arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt werden, um Lösungsvorschläge für ein vorgegebenes Planungsproblem zu erarbeiten (Dienel 2002). Etwa zur gleichen Zeit konzipierte Ned Crosby in den USA ebenso für Beteiligungsverfahren die *Citizens' Jury*, und zwar

www.momentum-quarterly.org

Quelle: Tamara Ehs, in: <https://www.momentum-quarterly.org/ojs2/index.php/momentun/article/download/2942/2276>, S 19

Vorreiter in dieser Hinsicht ist das Bundesland Vorarlberg mit seinem *Erfolgsmodell bürgerlicher Beteiligung*: „Viel Erfahrung mit diesem Instrument hat Vorarlberg. Es gilt, was die institutionelle Verankerung von Bürgerbeteiligungsprozessen angeht, international als Vorbild.“

Bereits vor fünfzehn Jahren hat das Büro für Zukunftsfragen, eine Stabstelle, die direkt dem Landeshauptmann zugeordnet ist, erstmals einen Bürgerrat einberufen. Ein voller Erfolg, weshalb konsultative Bürgerbeteiligungsverfahren 2013 in der Landesverfassung verankert wurden.“ (ORF, 2021)

Aus Sicht der Regierenden haben die deliberativen gegenüber den direktdemokratischen Verfahren zwei wesentliche Vorteile. Zum einen sind ihre Ergebnisse bloß konsultativer Natur, die Entscheidung bleibt bei den Regierungen und Parlamenten. Zum anderen behalten diese die Kontrolle über die Themenagenda, wenn sie selbst solche Verfahren anstoßen. Die zivilgesellschaftlichen Akteure würden dagegen gerne auch den Bürgern ein **Initiativerecht** einräumen und Vorkehrungen treffen, dass die Empfehlungen der Bürgerräte von den Regierenden nicht einfach ignoriert werden können.

Quelle: <https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/buergeraete-ein-weg-aus-der-repraesentationskrise-3196>

Der andere BürgerRat: ein legislatives Kontrollorgan

Zumeist werden beratende (konsultative, deliberative) Ansätze diskutiert, ausprobiert und im besten Fall auch realisiert. Daneben bietet sich einem Land mit einem Zweikammerparlament noch die Möglichkeit eines **Bundes-BürgerRates** als zweite Kammer im Sinne eines Gemeinwohlcontrollings¹. Siehe dazu Hinweise weiter unten in den Schlussbemerkungen zum Thema „Birepräsentative Modelle mit Losverfahren“.

troj nur ihre Agenten zumutze. Das diffuse Gefühl des Kontrollverlustes beruht auf der Verlagerung politischer Gestaltungsspielräume auf die supranationale Ebene, ohne dort ähnlich demokratische Einflussnahme eröffnet zu haben, wie man sie im souveränen Nationalstaat wenigstens ansatzweise kannte. Hinzu kommt die weitgehend ungeheure Macht multinationaler Konzerne auf Basis eines globalen Finanzkapitalismus, wodurch grundlegende Gesellschaftsfragen aus dem Bereich des gemeinsamen Verhandel- und Entscheidbaren ausgenommen und einer kleinen Elite übertragen sind.

Die eigenen Belange im Blick

Diese Elite hat mangels ausreichender Checks and Balances vorrangig ihre eigenen Belange im Blick. Dadurch nimmt der egalitäre Kern eines demokratischen Systems, der nach der gleichen Beteiligung und Berücksichtigung aller Bürger verlangt, Schaden. Die Auswirkungen solcher Politik zeigen sich vor allem in steigender sozioökonomischer Ungleichheit und gesellschaftlichen Span-

Die eigentliche Verfehlung unseres demokratischen Systems ist die Übertragung der Entscheidungsebene auf eine kleine Elite. Anmerkungen einer Demokratieforscherin.

Mit der Gleichheit des Loses gegen elitären Populismus

Wählerschaft. Schlechtergestellte beobachten demnach die wachsende Ungleichheit und meinen, „die da oben“ würden sich ohnehin nur um ihresgleichen kümmern, also wäre es sinnlos, überhaupt an den politischen Gestaltungsinstrumenten mitzuwirken.

Eine dieser Tage erschienene Langzeitanalyse der Gesetzge-

Wohlstand weiter absichern beziehungsweise die Interessen der überigen Wählerschaft ablenken: auf Sicherheitspolitik und Migration. Wie wir aus der Beteiligungsfor- schung wissen, sind es nicht die Ärmsten und am schlechtesten Ausgebildeten, die populistische und extreme Parteien wählen; denn sie partizipieren kaum und haben sich aus der Politik weitgehend verabschiedet. Es ist vielmehr einerseits eine sozioökonomisch in Bedrängnis geratene Mittelschicht und andererseits eine auf Absicherung ihrer Stellung bedachte Wirtschaftselite, die ie-

kamen in den vergangenen Jahren weltweit vermehrt Bürgerräte per Losprinzip zum Einsatz. Mittels qualifizierter Zufallsauswahl bilden sie die Bevölkerung ab. Auf diese Weise sollen Menschen an der Politik beteiligt werden, die sonst ungehört bleiben. Dieses Instrument der partizipativen Demokratie tritt allerdings nicht in Konkurrenz zur repräsentativen Demokratie, sondern soll sie vielmehr stärken, indem sie deren Repräsentativität erhöht.

Vorbild Irland

zeigen, erneut die Einbeziehung gewöhnlicher Bürger in den Gesetzgebungsprozess sowie das transparente Verfahren das Vertrauen aller Einwohner Irlands in die Politik.

Warum nicht auch im Bund?

Was Irland auf nationalstaatlicher Ebene unternahm, kennt Österreich nur im Kleinen: Die Vorarlberger Landesregierung organisiert mehrmals pro Jahr ein- bis zweitägige Bürgerräte als partizipative Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Dieses Instrument kann mittels 1.000 Unterschriften auch von den Bürgern selbst initiiert werden. An Bürgerräten teilnahmeberechtigt sind alle in Vorarlberg wohnhaften Menschen, die per Zufallsauswahl aus dem Melderegister eingeladen werden. Dem Losverfahren kommt hierbei die Aufgabe zu, das politische Amt des Beraterauf Zeit zu vergeben, im Grunde der politischen Lobbyismus zu demokratisieren.

Warum sollte es nicht auch auf Bundesebene möglich sein, eine beratende Bürgerversammlung

Quelle: Die Furche 40, 2016 - https://web.archive.org/web/20211004191923/https://politikwissenschaft.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/politikwissenschaft/Veranstaltungen/2018/GastbeitragFurche.pdf

Das sagt die Forschung

So deutlich wie sonst kaum jemand beschreibt Michael J. Sandel, US-amerikanischer Moralphilosoph und Professor an der Elite-Universität Harvard, den Zustand der Leistungsgesellschaft in den USA. Im Interview mit dem ORF meinte er: „Denen, die straucheln und zurückbleiben wird das Gefühl gegeben, sie sind selbst Schuld. Diese Haltung zerstört die Idee einer solidarischen Gesellschaft. Das nenne ich die ‚Tyrannie der Leistung‘.“ In seinem Buch „Vom Ende



¹ Der Begriff „Gemeinwohlcontrolling“ wurde in einem vergleichbaren Zusammenhang erstmals von Prof. Birger Priddat in einem 3sat-Interview im Jahr 2017 verwendet. Siehe hier eingebettetes Interview.

des Gemeinwohls – Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt“ aus dem Jahr 2020 wird er deutlicher:

„Die Reichen und Mächtigen haben das System manipuliert, um ihre Privilegien zu behalten; die Akademiker haben herausgefunden, wie sie ihre Vorteile an ihre Kinder weitergeben können, wodurch die Meritokratie zu einer Erbaristokratie geworden ist.“ (S 191)

Wir müssen nicht erst über den großen Teich blicken, um zu sehen, was auf uns zukommen wird. Denn die gespaltene Gesellschaft ist bereits in Europa angekommen.

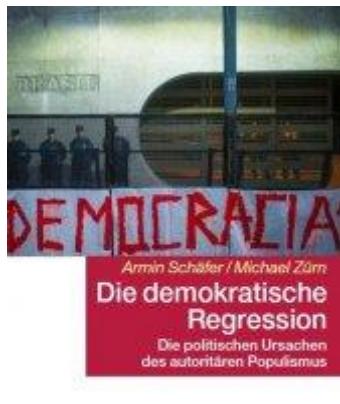


Eine Rezension von **Tamara Ehs**

Warum fahren Parteien wie AfD, FPÖ oder Rassemblement National Wahlerfolge ein? Warum kommen Politiker wie Donald Trump an die Macht? Sind ihre Wähler*innen „alle Nazis“, oder schlicht zu dumm und lassen sich von ein paar Scharlatanen in die Irre führen? Armin Schäfer und Michael Zürn stimmen in gängige Entlastungserklärungen für die politische Elite nicht ein; sie suchen den Grund nicht in der Unzulänglichkeit der Bürger*innen. Im Gegenteil erklären sie den Aufstieg der Autoritären aus der Politik selbst. Ihnen zufolge „verfährt der autoritäre Populismus auch deshalb, weil seine Kritik an der Funktionsweise der liberalen Demokratie einen wahren Kern hat“ (196). Die Autoren entwickeln eine zutiefst politische Theorie des autoritären Populismus, ausgehend von der These, „dass erst der politisch selektive Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen eine populistische Abwehrreaktion provoziert. Eine genuine politische Erklärung des Populismus setzt an realen Repräsentationsdefiziten an“ (17). Zeitgenössische Populist*innen legten demnach den Finger in die Wunde der liberalen Demokratie – ohne allerdings die grundlegenden Probleme zu lösen. Letztlich sind ihre Wähler*innen noch enttäuschter als zuvor und wenden sich letztlich ganz von der Politik ab. Es komme, so Schäfer und Zürn, zu einer „doppelten Entfremdung“ (10): Die Demokratie entferne sich einerseits zusehends vom Ideal der Repräsentation, die Bürger*innen zögen andererseits nach und nähmen an den Aushandlungsprozessen jener Institutionen, die sie nur mehr selektiv vertreten, nicht mehr teil.

Quelle: <https://www.pw-portal.de/themen/armin-schaefer-michael-zurn-die-demokratische-regression>

repräsentativen Systems in Deutschland und anderen vergleichbaren Ländern nach 1945 vorlagen, so nicht mehr vorhanden sind.“ Am Tag vor Weihnachten 2013 titelt Wolfgang J. Koschnik gar: „Die repräsentative Demokratie frisst ihre Kinder“.



Komponente, die wiederum auf die Schieflage in der parlamentarischen Repräsentation repliziert (126).“

Tamara Ehs am Schluss ihrer Rezension des Buches „Die demokratische Regression“ von Armin Schäfer und Michael Zürn: „Politiker*innen von nicht-autoritätpopulistischer Prägung, welche dieser Tage noch knapp Wahlen gewinnen (Joe Biden, Emmanuel Macron und andere), sollten nicht froh sein, dass es 'noch mal gut gegangen ist', sondern dringend an der Demokratisierung der Demokratie arbeiten.“

Die „Entfremdung von der Demokratie“ begünstigt den „Aufstieg autoritär-populistischer Parteien. [...] Das Gefühl des Nicht-gehört-Werdens hat dabei eine klar sozioökonomische



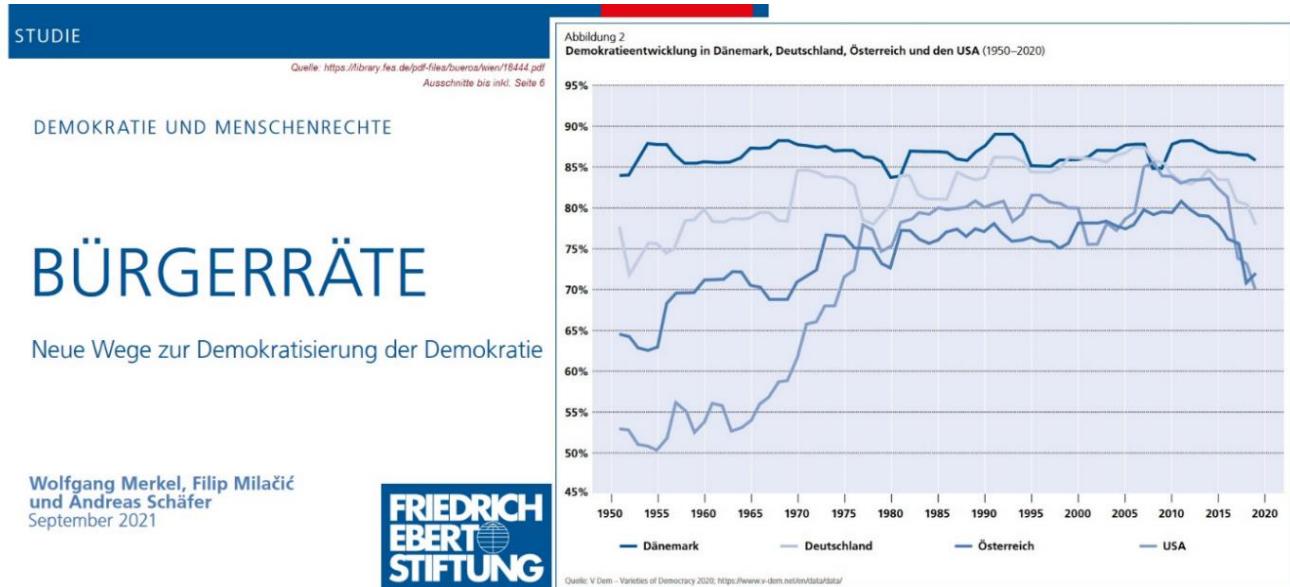
Was also tun, zumal in Zeiten multipler Dauerkrise? Die Autoren belegen mit Daten von V-Dem klar, dass Populist*innen an der Macht die Demokratie bloß noch weiter schwächen. Selbst in der Opposition richten sie Schaden an, weil sie das politische Koordinatensystem allmählich immer weiter nach autoritär-rechts verschieben, wie wir etwa aus jahrelanger Anschauung Österreichs wissen. So machen Schäfer und Zürn schließlich Empfehlungen und formulieren Reformvorschläge, die ohnehin seit Jahren bekannt sind. Da diese aber noch immer auf Umsetzung warteten, müssten sie abermals vorgebracht werden: Es gelte, neben der autokratischen „auch der technokratischen Versuchung zu widerstehen“ (204), Bürgerversammlungen einzusetzen, Ungleichheit abzubauen, das Rekrutierungsmuster der Parteien zu ändern, mehr Kontrolle über nichtmajoritäre Institutionen auszuüben etc.

Quelle: <https://www.pw-portal.de/themen/armin-schaefer-michael-zurn-die-demokratische-regression - Rezension von Tamara Ehs, 2022-09-09>

Im folgenden Plädoyer für Bürgerräte als – ganz im Sinne von Jürgen Habermas – deliberative Institutionen wird versucht, Fragen zu beantworten, die es vor der Planung und Durchführung von Bürgerräten zu beantworten gilt:

„Wie inklusiv sind Bürgerräte, wer nimmt an ihnen teil, wie lassen sich diese mit den repräsentativen Institutionen wie dem Parlament kombinieren, welches Design der Bürgerräte verstärkt die demokratisierenden Effekte, welche Regelungen produzieren problematische Konsequenzen?“

Wolfgang Merkel, Filip Milačić und Andreas Schäfer haben in ihrer Studie „Bürgerräte“ versucht, diese für uns zu beantworten. Hier eine Sammlung von Textstellen aus deren Einleitung:



Hier sollen nicht alle Phänomene und Ursachen der Demokratieerosion aufgezeigt werden (Lührmann/Merkel 2021). Vielmehr werfen wir nur einen kurzen Blick auf jene Demokratieprobleme, die mit der politischen Partizipation verknüpft sind, da wir auf die Demokratisierungschancen von Bürgerräten blicken, die vor allem im Bereich der Bürgerbeteiligung anzusiedeln sind. Zu prüfen ist: können Bürgerräte dazu beitragen, diese Defizite auszugleichen und in welcher Form vermögen sie dies am besten? Welches (Re-)Demokratisierungspotential haben Bürgerräte also und welches sind die Herausforderungen zu dessen Verwirklichung?

1.1 MIKROEBENE

– **Abnehmende Parteibindung und Volatilität des Wahlverhaltens:** Die Volatilität des Wahlverhaltens hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Das spiegelt zum einen eine gewisse Unzufriedenheit gegenüber den Parteien allgemein wider, kann allerdings auch als »rationale Mündigkeit« aufgeklärter Bürger:innen gedeutet werden, die kontinuierlich die Performance der Regierenden mit ihren eigenen Interessen und Werten abgleichen. Die abnehmende Parteibindung setzt verstärkte Anreize für parteipolitische Akteure, mittels breit angelegter Marketingstrategien um

die Gunst der Wähler:innen zu werben. Dies drängt Bürger:innen zunehmend in eine Konsumentenposition. Die Aggregation von gesellschaftlichen Perspektiven und Präferenzen gerät dabei in den Hintergrund.

– **Soziale Selektivität:** Politische Partizipation wird vor allem von den formal Bildeten oder politisch interessierten Bürger:innen wahrgenommen. Das untere (Bildungs-)Drittel ist weitgehend aus der politischen Beteiligung ausgestiegen und hat zudem eine wesentlich geringere Selbstwahrnehmung von politischen Gestaltungsmöglichkeiten (Schäfer 2010). Partizipativ ist Deutschland wie auch die meisten EU-Mitgliedstaaten eine gut funktionierende »Zwei-Drittel-Demokratie«.

– **Polarisierung:** Politikverdrossenheit und allgemein zurückgehende Wahlbeteiligung oder eine nachlassende politische Partizipation ist keineswegs mehr die »Krisensignatur« unserer politischen Epoche (Meiering/Schäfer 2020). Eine neue gesellschaftliche und politische Polarisierung ist an deren Stelle getreten. Ein konfrontativer Pluralismus von politischen Opponenten, der die politische Auseinandersetzung auch lebendig macht, transformiert sich zunehmend in eine politische Polarisierung in feindliche Lager. Als hätte der umstrittene Staatsrechtslehrer Carl Schmitt das politische Skript geschrieben. Diese Art von »toxischer« Polarisierung resultiert

Kompromisslosigkeit und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die letzten drei großen Krisen in Europa und darüber hinaus – die Migrationskrise, die COVID-19-Pandemie und die Klimakrise – haben diese Polarisierung erheblich verschärft.

1.2 MESOEBENE

– Auf der Ebene der kollektiven Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Vereine organisieren sich zunehmend weniger Menschen. »Bowling alone« hat der Zivilgesellschaftsforscher Robert Putnam (1995) diese Flucht aus gesellschaftlichen Organisationen einst genannt. Aber besonders sind von dieser »Flucht« die politischen Parteien betroffen (van Biezen/Poguntke 2014). Sie haben in weniger als zwei Jahrzehnten oft mehr als die Hälfte ihrer Mitgliedschaft verloren. Darüber hinaus sind Parteien die politischen Institutionen, die europaweit ein besonders geringes Vertrauen der Bürger:innen genießen, wie die Daten des Eurobarometer jedes Jahr aufs Neue belegen.

- Die Volksparteien befinden sich in einem unaufhaltsamen Niedergang. Sie haben an Stimmen, Mitgliedern, Vertrauen und Attraktivität verloren und sind in ihrer Mitgliederstruktur hoffnungslos überaltert. In vielen Ländern sind sie verschwunden. In den individualisierten Gesellschaften des 21. Jahrhunderts werden sie keine zentrale Rolle mehr spielen. Dies ist deshalb ein Problem, weil gerade in Zeiten der Polarisierung politische Integrationsmaschinen, wie dies die Volksparteien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen sind, gerade dann fehlen, wenn ihre Integrationsleistung besonders gefragt ist. Kleinere und programmatisch engere Parteien werden diese integrative Rolle nicht spielen können.
- Aufstieg der rechtspopulistischen Parteien. Am rechten Rand sind fast in allen europäischen Parteiensystemen rechtspopulistische Parteien zu relevanten politischen Akteuren aufgestiegen. Diese »semi-loyalen Parteien« (Juan Linz) haben ein instrumentelles und iliberales Verständnis der Demokratie. Mit ihrer nationalistischen Identitätspolitik verschärfen sie die gesellschaftliche wie politische Polarisierung.
- Aufstieg der rechtspopulistischen Parteien. Am rechten Rand sind fast in allen europäischen Parteiensystemen rechtspopulistische Parteien zu relevanten politischen Akteuren aufgestiegen. Diese »semi-loyalen Parteien« (Juan Linz) haben ein instrumentelles und iliberales Verständnis der Demokratie. Mit ihrer nationalistischen Identitätspolitik verschärfen sie die gesellschaftliche wie politische Polarisierung.

1.3 MAKROEBENE

- Regierungen wie Parlamente haben Vertrauen verloren. Das gilt insbesondere für die wichtigste Institution der repräsentativen Demokratie, das Parlament. Parlamente haben im Zuge der anhaltenden Internationalisierung politischer Beschlussfassung Kompetenzen an nationale wie supra- und transnationale Exekutiven abtreten müssen. In der Finanzkrise von 2008, in der Migrationskrise 2015 wie v.a. in der Corona-Krise (2020ff.) ist dieser politische Substanzerlust noch einmal beschleunigt worden.

– Die Repräsentationskraft und die Repräsentationsglaubwürdigkeit der Parlamente haben abgenommen. Das betrifft zum einen die sogenannte deskriptive Repräsentation, d.h. die soziokulturelle oder geschlechtliche Entsprechung der Repräsentant:innen mit den Repräsentierten. Die Dominanz der Akademiker:innen im Parlament äußert sich auch in der sog. substantiellen Repräsentation, d.h. der Repräsentanz der Interessen. Auch hier dominieren die Werte der akademisierten Mittelschichten. Empirische Forschungen zeigen dazu, dass sich auch in den verabschiedeten Gesetzen und policies eine Überrepräsentation der Präferenzen (höherer) Mittelschichten finden lassen. Die Präferenzen der Unterschichten bleiben unterrepräsentiert (Lehmann/Regel/Schlotz 2015: 157ff.).

Die Kohäsion der politischen Gemeinschaft hat sich verringert und teilt auch die Gesellschaften der entwickelten Demokratien wieder in Klassen, in oben und unten oder kosmopolitische wie nationalistisch-kommunitaristische Lager. Dies stellt die Identifikation der Bürger:innen mit »ihrem« Gemeinwesen vor eine Zerreißprobe. Zugehörigkeit wird zunehmend nur noch zu der eigenen Klasse, dem eigenen Lager oder den vertrauten eigenen Wertegemeinschaften empfunden. Die traditionellen politischen Institutionen und Akteure waren bisher nicht in der Lage, Brücken in einer sich zunehmend segmentierenden Gesellschaft zu bauen. Die Unfähigkeit Brücken zu schlagen, wird auch durch die Möglichkeiten der Online-Kommunikation über soziale Medien – anders als mitunter erhofft – nicht gefördert, sondern oftmals noch verstärkt.

Das Schweizer Modell der Volksabstimmungen auf allen drei Territorialebenen des Staates lässt sich nicht einfach übertragen, wie überhaupt Modelle stets kontextualisiert werden müssen. Ohne Volksabstimmungen generell verworfen zu wollen (Merkel/Ritzi 2017), ist bei ihrer Anwendung in polarisierten Gesellschaften Vorsicht geboten. Volksabstimmungen sind Nullsummenspiele, wer mehr als 50 Prozent der notwendigen Stimmen auf seine Beschlussvorlage vereinigen kann, gewinnt. Volksabstimmungen können exkludierenden Charakter haben. Demokratische Innovationen sollten in segmentiert-polarisierten Gesellschaften aber vor allem Inklusionsmechanismen als demokratisches Gegengift in Gang setzen. Möglichst viele Menschen sollen sich in der Reforminstitution wiederfinden und möglichst auch mitmachen wollen und können.

Deliberative Institutionen folgen einer grundsätzlich anderen Logik als Volksabstimmungen. Nicht die dezentralistisch fabrizierten quantitativ-numerische Entscheidung gilt, sondern der wechselseitige und empathische Austausch von Argumenten ist zentral (Schäfer/Merkel 2020). Im Idealfall zählt nur der »eigentlich zwanglose Zwang des besseren Argumentes«, wie es Jürgen Habermas treffend pointiert. Bürger:innen liegt konstitutiv die deliberative Methode zu grunde, also eine Herangehensweise, die in unseren gegenwärtigen Gesellschaftsverfassungen sich durchaus als eine Praxis anbietet, die Brücken über die Gräben hinweg bilden kann. Aber mit einer solchen grundsätzlichen Einschätzung ist noch nicht viel gewonnen. Viele andere Aspekte sind zu prüfen: Wie inklusiv sind Bürger:innen, wer nimmt an ihnen teil, wie lassen sich diese mit den repräsentativen Institutionen wie dem Parlament kombinieren, welches Design der Bürger:innen verstärkt die demokratisierenden Effekte, welche Regelungen produzieren problematische Konsequenzen?

Fakten versus negative Kritik

Mittlerweile gibt es auch zunehmend Kritik an "mehr Bürgerbeteiligung". So würden Bürger:innen sogar "das Vertrauen in die Politik" zerstören. Weil die Fakten allerdings eindeutig für eine flächendeckende Mitbestimmung durch verschiedene Modelle der Bürgerbeteiligung sprechen, ist die Kritik daran - aus durchaus verständlichen Beweggründen - mitunter polemisierend und/oder inhaltlich unrichtig. Schließlich aber heben jahrhundertelange Anwendungen die Vorteile von Losverfahren durch mehr **"Wohlstand, Prosperität und Kultur"** noch dadurch hervor, dass sie gleichzeitig **"politische Stabilität"** gewährleisten, "trotz großer interner Unterschiede zwischen rivalisierenden Gruppen". (Gegen Wahlen, 7. Aufl., 2021, S 83)



EuTopia ruft

Eine Einladung zur Mitwirkung ➔

„Um Lehren aus der Krise zu ziehen, muss man bereits den Regelzustand verändern. Hierzu könnte man [...] auch ohne Gesetzesänderung die Geschäftsordnungen des National- und des Bundesrats partizipativer interpretieren.“

Tamara Ehs
Krisendemokratie, 2020, S 101 f

Schlussbemerkungen

Auf dem Weg zu mehr Demokratie durch institutionalisierte Bürgerbeteiligung liegt noch viel Arbeit vor engagierten Demokratiearbeiter:innen. Um erfolgreich im Sinne von „dauerhaft mitbestimmend“ sein zu können, ist es nach Erica Chenoweth förderlich, 3,5 Prozent der im jeweiligen Land lebenden und Steuer zahlenden Mitmenschen zu motivieren. Diesbezüglich können Demokratie-Festivals wertvolle Beiträge liefern.

Hilfreich sind dabei auch Überlegungen der Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs. Sie hat im ersten Pandemiejahr ihren Essay „Krisendemokratie“ veröffentlicht, in dem sie *sieben Lektionen aus der Coronakrise* beschreibt. Eine davon lautet: „Pluralismus der Meinungen ist das Wesen der Demokratie. Die Vielfalt zu hören und aufzunehmen ist Gelingensvoraussetzung des demokratischen Staates und führt zu besseren Entscheidungen.“ Das gilt nicht nur für Wahlen in Krisenzeiten, auf die sie diese Lektion bezieht. Deutlich wird dies im Schlusskapitel „Utopie“, in dem sie festhält: „Im Grunde ist es auch egal, wo wir mit der Demokratisierung beginnen; wichtig ist nur anzufangen.“



„ES WÄRE NAIV, IMMER NOCH ZU GLAUBEN, DASS MAN DIE POLITIK NUR DEN POLITIKERN ÜBERLASSEN KÖNNTE.“

AMELIE DEUFLHARD,
LEITERIN KAMPNAGEL HAMBURG

Impulsreferentin bei der Regionalkonferenz Obersteiermark West im Veranstaltungszentrum Judenburg am 16. Mai 2022.
Die Trägerin des Theaterpreises Berlin 2022 wurde per Video zugeschaltet.

9

Quelle: https://www.kultursteiermark.at/cmsidokumente/12914380_174842744eddb79dKulturstrategie_2030_Paper_20230516_EZ.pdf



Die folgenden Herausforderungen und Ziele sind maßgeblich durch eine Stakeholder-Befragung im April/Mai 2022 entstanden. Rund 30 ausgewählte Beteiligungsexperten*innen wurden eingeladen, die zentralen Herausforderungen und Ziele im Bereich „Beteiligung im Land“ zu benennen. Die Ergebnisse wurden beim Beteiligungssymposium (Juni 2022) vorgestellt und durch die Erkenntnisse des Bürgerrats Fairre Wahlen (Juli 2022) sowie durch die Analyse früherer Ergebnisse aus Bürgerräten und durch Fachgespräche (Jänner 2023) mit diversen Stakeholdern ergänzt.

Quelle: <https://issuu.com/burofurzukunftsfragen/docs/feb-0223-beteiligungsstrategie-rz-digital-einzelne>



Mitentscheiden statt nur beraten (auch online):

Die Rahmenbedingungen müssen ausverhandelt und eine Umsetzung der Ergebnisse muss eingefordert werden. Es braucht eine echte Rückkopplung der Ergebnisse in die politische Entscheidungsfindung. Wenn die Wirksamkeit unmittelbar erfahrbar gemacht werden kann, stärkt das das Vertrauen in demokratische Prozesse. Um dies zu gewährleisten, ist es essentiell, Entscheidungsträger*innen gut auf Prozesse vorzubereiten (über Chancen und Risiken sprechen, offenes Ohr für ihre Fragen und Bedenken haben ...). Transparenz ist unverzichtbar, wenn Beteiligung ernst genommen wird.

Vorarlberg wird besser. Wir brauchen alle.

Impuls für eine Beteiligungsstrategie des Landes Vorarlberg



Birepräsentative Modelle mit Losverfahren

Nachfolgend beschreibt sie verschiedene Ansatzpunkte für demokratiestärkende Veränderungen und zivilgesellschaftliches Engagement. Einen für mich zentralen Punkt formuliert sie so: „Um Lehren aus der Krise zu ziehen, muss man bereits den Regelzustand verändern. Hierzu könnte man [...] auch ohne Gesetzesänderung die Geschäftsordnungen des National- und des Bundesrats partizipativer interpretieren.“ (Krisendemokratie, S 101 f)

Zudem müssen im Unterschied zu Deutschland die Mitglieder des Bundesrates in Österreich nicht als Abgeordnete in die jeweiligen Landtage gewählt worden sein. Sie müssen lediglich zum Landtag wählbar sein (Art. 35 (2) B-VG).

An anderer Stelle konkretisiert Tamara Ehs mit den Worten:

„Für Österreich würde dies auf Nationalstaatsebene bedeuten, den Bundesrat als Bürgerrat neu zu gründen.“



UNSERE KULTURSTRATEGIE 2030.

In der weiteren Umsetzung muss uns bewusst sein, wie unterschiedlich die Perspektiven der Beteiligten sind. Die einzelnen Positionen langfristig, offen und kritisch zueinander in eine produktive Reibung zu bringen, bedeutet gelebte Demokratie. Das ist in Zeiten eines banalisierten Demokratiebegriffes, der nur auf Mehrheiten, aber nicht auf Ausverhandlungsprozesse setzt, mehr als notwendig. Dafür müssen Umsetzungen, Formate und Übungsfelder etabliert werden. Im Feld der Kultur ist das möglich, sinnvoll und notwendig. Die Chance, die ein lebendiger Prozess bis 2030 bietet, müssen wir gemeinsam nutzen. **Kulturpolitik kann die Klammer für unsere Zukunft sein.**

Soweit die externen Berater*innen
Heidrun Primas & Werner Schrempf
in ihrem Mission Statement

Bürgerrat statt Bundesrat

Österreich beginnt 2017 das Parlamentsgebäude umzubauen. Ein guter Zeitpunkt, auch das Innenleben des Parlaments der Gegenwart anzupassen. Ergänzen wir gewählte Nationalräte durch gelöste Bürger

Kommentar der anderen / Milo Tesselaar

30. März 2017, 16:21



Foto: HOPI-MEDIA/BERNHARD J. HOLZNER

Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000055145295/buergerat-statt-bundesrat>

Milo Tesselaar schließt mit den Worten: „Um gestärkt aus der gegenwärtigen Krise unserer Demokratie zu gehen, sollten wir diese Möglichkeit des Bürgerrats im Parlament ernsthaft diskutieren. Österreich muss dabei aus Eigeninteresse vorausgehen. Mit einem Bürgerrat statt des Bundesrats können wir unsere Demokratie wesentlich verbessern und nebenbei ein Vorreiter in Europa und Vorbild für die Welt werden.“

Die Idee eines partizipativeren Parlamentarismus ist nicht neu. So haben bereits Anthony Barnett & Peter Carty im Jahr 2008 (s. [Anmerkung 7](#)) darauf hingewiesen, das House of Lords, die zweite Kammer des britischen Parlaments, „nicht abzuschaffen oder ihre Kompetenzen einzugrenzen, sondern den Bestellungsmodus dahingehend zu ändern, dass ein Teil seiner Mitglieder künftig unter allen britischen Bürgern ausgelost würde.“ ([Hubertus Buchstein](#), 2009) Siehe auch Überlegungen des WBGU zur Einführung einer „[Zukunftsnummer](#)“. Das war im Jahr 2011. Im selben Jahr wurde der „[ursprünglich für Wien tätige Verband](#)“ *Aktion 21 – pro Bürgerbeteiligung* „auf ganz Österreich ausgeweitet“.



Warum Aktion21-Austria – PRO BÜRGERBETEILIGUNG?

Demokratie braucht Partizipation.

Die zu einer Parteiherrschaft verkommene Demokratie benötigt dringend eines Korrektivs, um sich als Staatsform zu behaupten. Dieses Korrektiv kann nur in einer vermehrten Beteiligung der Bevölkerung am politischen Geschehen gefunden werden. Wohin eine an den Wählern vorbei führende Repräsentanten-Demokratie führen kann, sehen wir am ungarischen Beispiel.

Quelle: <https://www.aktion21-austria.at/aktion21-austria>

Besonders ausführlich sind die Überlegungen des belgischen Politikwissenschaftlers und Sachbuchautors David Van Reybrouck in seinem Buch „Gegen Wahlen“:

massenheit dieses Misstrauen sein darf und wann gesunder Argwohn in regelrechte Abneigung umschlägt.

Ältere Zahlen vermitteln ein gutes Bild, wie dieses Misstrauen Europa überzieht. Es beschränkt sich längst nicht nur auf die formale Politik, sondern umfasst auch öffentliche Einrichtungen wie die Post, die Bahn und das Gesundheitswesen. Politisches Vertrauen ist lediglich ein Teil einer breiteren Wirklichkeitserfahrung. Aber wenn wir die demokratischen Institutionen betrachten, wird deutlich, dass politische Parteien mit dem weitaus größten Misstrauen zu kämpfen haben (sie werden von den EU-Bürgern mit durchschnittlich 3,9 von 10 Punkten bewertet), gefolgt von Regierungen (4 von 10), Parlamenten (4,2 von 10) und der Presse (4,3 von 10).⁷

Das Misstrauen beruht übrigens auf Gegenseitigkeit. Der niederländische Wissenschaftler Peter Kanne präsentierte 2011 interessante Zahlen darüber, wie die Parteipolitik in Den Haag die niederländische Gesellschaft betrachtet. 87 % der administrativen Elite in den Niederlanden halten sich selbst für innovativ, freiheitsliebend und international orientiert, 89 % von ihnen glauben jedoch, dass das Volk eher traditionell, nationalistisch und konservativ gesinnt ist.⁸ Politiker gehen also reihenweise davon aus, dass Bürger anderen, in ihren Augen weniger hochgesteckten Werten anhängen als sie selbst. Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass diese Zahlen auch anderswo in Europa gelten.

BEGEISTERUNG UND MISSTRAUEN

11

Ein Plädoyer für das demokratische Losverfahren



Bernard Manin beschrieb in *Principes du gouvernement représentatif* (1995), "wie man sich gleich nach den Revolutionen in Amerika und Frankreich bewusst für das elektral-repräsentative System entschied. Und zwar: um den Tumult der Demokratie vor der Tür zu halten! Das Repräsentativsystem errichtete man in vollem Bewusstsein, dass die gewählten Vertreter angesehene Bürger sein würden und sein sollten, die sich sozial von ihren Wählern abhoben." Ein aristokratischer Reflex lag unserer modernen Demokratie mit zugrunde." (S 71)

"Der Rat der 500 war das zentrale Regierungsorgan der athenischen Demokratie: Er bereitete die Tagesordnung der Volksversammlung (Ekklesia) vor, er kontrollierte die Finanzen, die öffentlichen Arbeiten und die Magistrate, er war sogar für die diplomatischen Beziehungen mit benachbarten Mächten verantwortlich. Kurzum: ausgeloste Bürger bevölkerten das Nervenzentrum der Macht." (S 72)

"Bei Aristoteles heißt es unumwunden: 'Es gilt z. B. für demokratisch, die Staatsmänner (arché) durch Los, und für oligarchisch, sie durch Wahl zu besetzen.' Obwohl Aristoteles selbst Befürworter einer Mischform war, stellte er den Unterschied zwischen Losverfahren und Wahl heraus, indem er Ersteres demokratisch nannte und Letzteres nicht. Das zeigt sich auch an anderen Stellen in seinen Schriften. Über Sparta schrieb er etwa, dass die Verfassung dort viel Oligarchisches an sich hat, wie zum Beispiel, dass alle Staatsbeamten durch Wahl ernannt werden und keiner durch Los'. Das Losverfahren galt ihm als wahrhaft demokratisch." (S 74)

Diese Lehren zieht [David Van Reybrouck](#) ua aus seinem „flüchtige[n] Überblick über die Geschichte“: „Der Gebrauch des [Losverfahrens](#) fiel häufig mit dem Höhepunkt von Wohlstand, Prosperität und Kultur zusammen“, das Losverfahren sorgte für „weniger Konflikte und größere Beteiligung der Bürger“, es wurde „immer in Kombination mit Wahlen praktiziert, um Kompetenz zu garantieren“* und „Staaten, die das Losverfahren anwandten, erlebten häufig Jahrhunderte der politischen Stabilität, trotz großer interner Unterschiede zwischen rivalisierenden Gruppen.“ (S 82 f)

*| Sich auf Montesquieu und [Rousseau](#) beziehend schlussfolgert Van Reybrouck: „Die zwei wichtigsten Bücher über politische Philosophie aus dem achtzehnten Jahrhundert stimmen [...] darin überein, dass das [Losverfahren](#) demokratischer sei als Wahlen und dass eine Kombination beider Methoden für eine Gesellschaft von Vorteil sei. Die aleatorischen und elektoralen Verfahren könnten einander stärken.“ (a. a. O., S 85; vgl. [Hubertus Buchstein](#))

Quelle: http://www.inwiss.de/PDF/Reybrouck-Gegen_Wahlen.pdf

Blaupause für eine auf dem Losverfahren basierende Demokratie

Auf dem Weg zu einer [partizipativen Demokratie](#) gilt es „zahlreiche Hindernisse“ zu überwinden. Diese beiden stellen dabei die größten Herausforderungen dar:

- Herkömmliche politische Eliten sind von sich aus allenfalls in Sonntagsreden vom wohlstandsverbessernden Stabilisierungsfaktor einer Loskammer (House of Lots) überzeugt.
- Das Fehlen einer attraktiven Kultur der Beteiligung macht es schwierig, dem Erfinden von „irgendwelche[n] Ausreden“ konstruktiv zu begegnen.

Im Frühjahr 2013 publizierte das wissenschaftliche Fachblatt *Journal of Public Deliberation* einen faszinierenden Artikel des amerikanischen Forschers Terrill Bouricius. Bouricius, der in seinem Leben zwanzig Jahre lang als gewählter Politiker im Staat Vermont gearbeitet hatte, fragte sich, wie realistisch die bisherigen Vorschläge seien. Konnte das Ersetzen einer gewählten Kammer durch eine Loskammer der Demokratie neue Impulse hinsichtlich Unterstützung und Tatkraft geben? Dies war eine sehr berechtigte Frage. Im Idealfall wollen wir ein ausgelostes Europäisches Parlament, das repräsentativ für die ganze EU ist, aber wie viele Bäckersfrauen aus einem Dorf in Litauen werden ihren Laden für ein paar Jahre schließen, weil sie in Straßburg im House of Lots sitzen müssen? Wie viele junge Ingenieure aus Malta werden ihre vielversprechenden Bauprojekte drei Jahre lang zurücklassen, weil Europa sie ausgelost hat? Wie viele Arbeitslose aus den britischen Midlands werden sich von Pub und Freunden verabschieden, um jahrelang mit Unbekannten an Gesetzentexten herumzubasteln? Und angenommen, dass sie es überhaupt machen wollen, würden sie es dann auch gut machen? Ein ausgelostes Parlament könnte legitimer (weil [repräsentativer](#)) sein, aber würde es auch effizienter arbeiten? Oder werden die meisten, die ausgelost wurden, irgendwelche [Ausreden](#) erfinden, um nicht teilnehmen zu müssen, wodurch die Volksvertretung doch wieder eine Angelegenheit hochausgebildeter Männer wird? Die Demokratie durch ausgeloste Versammlungen zu stärken klingt gut, stößt jedoch auf zahlreiche Hindernisse. Man will alle zu Wort kommen lassen, riskiert aber damit neue Formen von Elitarismus. Wie kann das Ideal mit der Praxis in Einklang gebracht werden? Das

Eine Plattform PRO Bundes-BürgerRat könnte beispielsweise einen Arbeitskreis mit der Erstellung von Konzepten zur Überwindung dieser Hindernisse beauftragen. Let's do it!

Gerade weil die besseren Lösungen komplexer Aufgabenstellungen insbesondere in einer individualisierten Welt ganzheitliche Herangehensweisen erfordern, darf am Schluss auf diese Hinweise von Papst Franziskus, Michael Landau und Kurt Remele nicht verzichtet werden:

Aufrufe zu Handeln

Um dies zu erreichen sollten wir uns „**in die Politik einmischen**“, wie dies Papst Franziskus im Jahr 2013 formulierte und bekräftigte. Bischofsvikar **Dr. Heinrich Schnuderl** hat diese Worte des Papstes aufgegriffen und in seine Laudatio zu Ehren des Landeshauptmannes Hermann Schützenhöfer aufgenommen. Weitere Jahre später formulierte Caritas-Präsident **Dr. Michael Landau** seine Vorstellungen gegenüber der Politik wie folgt: „Wir würden uns beispielsweise wünschen, dass künftige Gesetze und Verordnungen nicht nur einem Klima-Check, sondern auch einem Armuts-Check unterzogen werden, also jeweils überprüft wird, dass sie Kinder- und Altersarmut sinken und nicht steigen lassen.“ (**Kurier**, 2020-01-12)

Wer sich fürs Gemeinwohl einsetzt und strukturelle Änderungen herbeiführen will ist aufgerufen zu handeln! Kurt Remele fand dafür diese Worte:

„Ebenso wie das Bittgebet zu Gott muss auch die göttliche oder theologische Tugend der Hoffnung vor einer defätistischen Fehlinterpretation, die die Möglichkeit und Notwendigkeit menschlichen Handelns negiert, bewahrt werden. Die deutsche Naturschutzaktivistin und Schiffskapitänin Carola Rackete erweckte im Juni 2019 mediale Aufmerksamkeit, als sie mit einem Rettungsschiff, auf dem sich 40 aus dem Mittelmeer geborgene Flüchtlinge befanden, trotz Verbotes der italienischen Behörden im Hafen der Insel Lampedusa anlegte. „Wir müssen aufhören, auf andere zu hoffen,“ ist in ihren Reflexionen zu dieser Aktion zu lesen, „und stattdessen selbst handeln.“ Für viele gläubige Menschen zählt zu diesen anderen, auf die sie ihre Hoffnung setzen, der allmächtige und barmherzige Gott. Doch so, wie es eine „billige Gnade“ gibt, die Dietrich Bonhoeffer scharf kritisierte, so gibt es auch eine „billige Hoffnung“: Gott werde alles zu einem guten Ende führen, wenn wir auf ihn hoffen, unsere Hände dreimal am Tag falten und für die restliche Zeit in den Schoss legen.“ (S 152)

Quelle: <https://gemeinwohldesigning.net/2021/07/22/gemeinwohl-hinweise-darauf-von-kurt-remele/#Handeln>

Die gesellschaftliche Eingliederung der Armen

Der private Besitz von Gütern rechtfertigt sich dadurch, dass man sie so hütet und mehrt, dass sie dem Gemeinwohl besser dienen; deshalb muss die Solidarität als die Entscheidung gelebt werden, dem Armen das zurückzugeben, was ihm zusteht. Wenn diese Einsichten und eine solidarische Gewohnheit uns in Fleisch und Blut übergehen, öffnen sie den Weg für weitere strukturelle Umwandlungen und machen sie möglich. Eine Änderung der Strukturen, die hingegen keine neuen Einsichten und Verhaltensweisen hervorbringt, wird dazu führen, dass ebendiese Strukturen früher oder später korrupt, drückend und unwirksam werden.

EvG 189